12.1 Chronik der Änderungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

Stand: 1.11.2025

Der Deutsche Bundestag hat sich gemäß Art. 40 Abs. 1 GG durch Beschluss in der 105. Sitzung vom 6. Dezember 1951 eine erste Geschäftsordnung gegeben, die am 1. Januar 1952 in Kraft trat. Am 25. Juni 1980 beschloss der Bundestag in der 225. Sitzung eine neue Geschäftsordnung, die am 1. Oktober 1980 in Kraft trat.

Weil nach ca. 45 Jahren manche Regelungen der GO-BT 1980 nicht mehr der parlamentarischen Praxis entsprachen, wurde am 9. September 2025 von der Regierungskoalition (CDU/CSU und SPD) ein Antrag auf eine Neufassung der GO-BT (BT-Drs. 21/1538) mit umfassenden Änderungen eingebracht. Am 16. Oktober 2025 nahm der Bundestag in seiner 34. Sitzung den Antrag in der Ausschussfassung (BT-Drs. 21/2196) an. Die neugefasste Geschäftsordnung des Bundestages trat am 1. November 2025 in Kraft. Die bisherige Paragrafenzählung blieb weitestgehend erhalten.

In den nachfolgenden Übersichten sind die Änderungen der GO-BT chronologisch aufgelistet.

- 12. bis 20. Wahlperiode:
  GO-BT 1980 in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1980 (BGBl. I S. 1203)
- ab 21. Wahlperiode:
  GO-BT 2025 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Oktober 2025 (BGBl. I Nr. 250)

12. Wahlperiode (1990–1994)

keine Änderungen der GO-BT

13. Wahlperiode (1994–1998)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 13/8 b) 10.11.1994 c) 1. Sitzung	Wahl des Präsidenten und seiner Stellvertreter; jede Fraktion des Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten Ergänzung § 2 Abs. 1 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 16.12.1994 b) BGBl. I (1995) S. 11

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 13/89 b) 15.12.1994 c) 9. Sitzung	Unmittelbare Zuleitung von Unionsvorlagen an den Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union, der die Überweisung veranlasst; Teilnahme von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Rates an Ausschussberatungen des Bundestages; Regelung von Rechten des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union; Erstellung von Grundsätzen für die Behandlung von Unionsvorlagen durch den Ausschuss Änderung § 93 GO-BT; Einfügung von § 93a GO-BT	a) Bekanntmachung vom 16.12.1994 b) BGBl. I (1995) S. 11
a) 13/684 13/2342 13/2374 b) 21.9.1995 c) 55. Sitzung	Änderungen zur GO-BT: § 20 – Tagesordnung, § 27 – Worterteilung und Wortmeldung, § 45 – Beschlussfähigkeit, § 71 – Antragsteller im Ausschuss Anlage 1 – Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages, Anlage 4 – Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen Einfügung § 69a – Erweiterte öffentliche Ausschussberatungen	a) Bekanntmachung vom 30.9.1995 b) BGBl. I S. 1246
a) 13/7048 b) 13.3.1997 c) 163. Sitzung	Einführung einer obligatorischen Entscheidung des Deutschen Bundestages oder des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union bei haushaltswirksamen Unionsvorlagen Änderung § 80 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 17.3.1997 b) BGBl. I S. 747
a) 13/9519 b) 5.2.1998 c) 216. Sitzung	Änderung der Grundsätze bei Immunitätsangelegenheiten; Fortsetzung von Ermittlungen gegen ein wiedergewähltes Mitglied des Bundestages nur bei Einzelfallprüfung Änderung Anlage 6 Nr. 2 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 12.2.1998 b) BGBl. I S. 428

14. Wahlperiode (1998–2002)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 14/5791 b) 17.5.2001 c) 170. Sitzung	Ergänzung der Geheimschutzordnung um Privatgeheimnisse Einfügung Anlage 3 GO-BT § 2a; Änderung Anlage 3 § 4 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 30.5.2001 b) BGBl. I S. 1203
a) 14/9659 b) 4.7.2002 c) 248. Sitzung	Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Bundestages; keine Anrechnung von Wochenenden und allgemeinen Feiertagen bei der Berechnung der 48-Stunden-Frist, Möglichkeit der Fristverlängerung im Einzelfall zwecks weiterer Prüfungen Änderungen Anlage 6 Nr. 1–4 GO-BT	a) Bekanntmachung am 15.7.2002 b) BGBl. I S. 3012

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 14/9100 i. d. F. der BT-Drs. 14/9933 b) 12.9.2002 c) 252. Sitzung	Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages; Ausweitung der Pflichten zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und außerparlamentarischen Interessenbeziehungen, Euro-Umstellung anzeigepflichtiger Beträge; Anpassung der Ausführungsbestimmungen zu den Verhaltensregeln durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages; Änderungen zum 1.10.2002 mit der Maßgabe, dass die Änderungen von § 3 in der laufenden Wahlperiode keine Anwendung mehr finden Änderung Anlage 1 §§ 3 u. 4 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 17.9.2002 b) BGBl. I S. 3759[1]

15. Wahlperiode (2002–2005)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 15/4798 b) 24.2.2005 c) 160. Sitzung	Einführung elektronischer Dokumente mit elektronischer Signatur gemäß Signaturgesetz; Regelung der Ausführungsbestimmungen durch den Ältestenrat Einfügung § 122a GO-BT	a) Bekanntmachung vom 28.2.2005 b) BGBl. I S. 668
a) 15/5245 b) 21.4.2005 c) 172. Sitzung	Regelung zu Sondersitzungen der Ausschüsse, zum Verlangen auf Plenarbefassung und zur Behandlung der Unterrichtungen durch die Bundesregierung; Anwendung des Geheimschutzes Einfügung § 96a GO-BT	a) Bekanntmachung vom 9.5.2005 b) BGBl. I S. 1230
a) 15/5698 i. d. F. der BT-Drs. 15/5846, Anlage 2 b) 30.6.2005 c) 184. Sitzung	Neuregelung der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bundestages (in Umsetzung des 26. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes); Anzeigepflicht für alle entgeltlichen Nebentätigkeiten und Einkünfte, Regelung des Verfahrens im Hinblick auf die in § 44a AbgG neu eingeführten Sanktionsmöglichkeiten, Befugnisse des Bundestagspräsidenten Änderung Anlage 1 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 12.7.2005 b) BGBl. I S. 2512

[1] Im Zusammenhang mit der Euro-Einführung hat der Bundestagspräsident am 23. Oktober 2002 Änderungen an den Ausführungsbestimmungen zu den Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages bekanntgegeben. Vgl. BGBl. I S. 4208.

16. Wahlperiode (2005–2009)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 16/2200 b) 21.9.2006 c) 51. Sitzung	Regelung der Wahl der Bundestagsvizepräsidenten, u. a. Einfügung Abs. 3, vierter oder weiterer Wahlgang mit einem bisher erfolglosen Bewerber nur nach Vereinbarung im Ältestenrat Änderung § 2 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 10.10.2006 b) BGBl. I S. 2210
a) 16/9400 b) 5.6.2008 c) 166. Sitzung	Umsetzung der Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der EU, Anpassung der GO-BT bzgl. Umgang mit „Unionsdokumenten“ Neuordnung der bisherigen Regelungen §§ 93 und 93a, Anfügung § 93b GO-BT	a) Bekanntmachung vom 29.7.2008 b) BGBl. I S. 1712
a) 16/13492 b) 2.7.2009 c) 230. Sitzung	Schaffung der Möglichkeit eines nachträglichen Sitzungsausschlusses bei gröblicher Verletzung der Ordnung; dauerhafte Übernahme der Verfahrensregelung betr. vom Ältestenrat festgelegte Abgabe von Plenarreden zu Protokoll anstelle einer Aussprache; Einbindung eines Redaktionsstabes zur sprachlichen Beratung und zur Verständlichkeitsprüfung von Gesetzestexten Änderung §§ 38 und 78 sowie Einfügung § 80a GO-BT	a) Bekanntmachung vom 6.7.2009 b) BGBl. I S. 2128

17. Wahlperiode (2009–2013)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 17/2394 b) 8.7.2010 c) 55. Sitzung	Umsetzung und Verankerung der neuen Zuständigkeiten betr. Vertrag von Lissabon und Begleitgesetze in den Bereichen plenarersetzende Kompetenzen des Ausschusses für Angelegenheiten der EU, Verfahren und Zuständigkeiten bei Erhebung einer Subsidiaritätsrüge und Erhebung einer Subsidiaritätsklage, Zusammenarbeit der Ausschüsse zur EU-vertraglichen Fristwahrung Änderung §§ 75, 93, 93a und 93b, Einfügung §§ 93c und 93d sowie Aufhebung Anlage 8 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 16.7.2010 b) BGBl. I S. 1041
a) 17/4166 b) 16.12.2010 c) 81. Sitzung	Klarstellung betr. Frist für die Beratung von Beschlussempfehlungen des Vermittlungsausschusses durch Anpassung an die Vorlagefristen für Drucksachen zur zweiten Beratung eines Gesetzentwurfes, Verkürzungsmöglichkeiten Änderung § 90 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 17.12.2010 b) BGBl. I S. 2199

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 17/6309 b) 30.6.2011 c) 117. Sitzung	Differenzierung der Ordnungsmaßnahmen und Ausweitung des Schutzbereiches auf die Würde des Bundestages: Einführung eines Ordnungsgeldes von 1.000 sowie 2.000 Euro im Wiederholungsfalle bei nicht nur geringfügiger Verletzung der Ordnung oder der Würde des Bundestages; Zusammenfassung von Sach- und Ordnungsruf sowie Wortentziehung Zusammenfassung §§ 36 und 37 alt, Einfügung § 37 neu sowie Änderung §§ 38 und 39 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 24.11.2011 b) BGBl. I S. 2454
a) 17/9387 b) 26.4.2012 c) 175. Sitzung	Verbesserung der Beteiligungsrechte der kommunalen Spitzenverbände bei Gesetzentwürfen mit Auswirkungen auf wesentliche Belange der Kommunen: Umwandlung des bestehenden Beteiligungsrechts bei nichtöffentlichen Ausschusssitzungen in eine verpflichtende Anhörung im federführenden Ausschuss sowie Einführung einer Beteiligungspflicht bei öffentlichen Anhörungen des federführenden Ausschusses ohne Anrechnung auf die Fraktionskontingente Änderung §§ 69 und 70 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 7.5.2012 b) BGBl. I S. 1119
a) 17/12287 b) 28.2.2013 c) 225. Sitzung	Wahrung der Informationsrechte des Bundestages auch bei parlamentarischen Anfragen mit geheimhaltungsbedürftigen Belangen: (Veröffentlichung der Gründe der Geheimhaltung als Bundestagsdrucksache und Weiterleitung der Informationen selbst ausschließlich an die Geheimregistratur des Bundestages), Einsichtnahme in die Geheimregistratur, Wegfall der Mitnahmemöglichkeit in ein besonders gesichertes eigenes Büro, Ausnahmeregelungen für Mitglieder und Mitarbeiter von Gremien mit erhöhtem Arbeitsanfall betr. Verschlusssachen Einfügung Anlage 3 § 3a GO-BT Bezug: Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 1. Juli 2009 betr. Informationsrechte des Bundestages (BvE 5/06)	a) Bekanntmachung vom 12.3.2013 b) BGBl. I S. 548
a) 17/12670 b) 14.3.2013 c) 228. Sitzung	Veröffentlichung der Nebentätigkeit von Mitgliedern des Deutschen Bundestages: Ausdifferenzierung der Stufenregelung von drei in zehn Stufen, Klarstellungen zur Veröffentlichung von erhaltenen Spenden sowie zu Geldwerten Vorteilen, Wegfall der Anzeigepflicht einer Tätigkeit als Mitglied der Bundesregierung oder als Staatssekretär; erstmalige Gültigkeit für den 18. Deutschen Bundestag Änderung Anlage 1 §§ 1, 3 und 4 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 18.6.2013 b) BGBl. I S. 1644
a) 17/13654 b) 6.6.2013 c) 243. Sitzung	Zur Reduzierung des Papierverbrauchs und zur Erleichterung des Zugangs zu Bundestagsdrucksachen („Vorlagen“), Einführung einer Verteilung auf elektronischem Wege als Regelfall zum Beginn der 18. Wahlperiode, Anpassung der Vorschriften zur Fristenberechnung sowie redaktionelle Folgeänderungen Änderung §§ 77, 112 und 123 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 2.7.2013 b) BGBl. I S. 2167

18. Wahlperiode (2013–2017)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 18/481 i. d. F. der BT-Drs. 18/997 b) 3.4.2014 c) 26. Sitzung	Einzelregelungen (nur für 18. WP) betr. Anwendung qualifizierter Minderheitenrechte bei Wahrnehmung durch alle Abgeordneten der Oppositionsfraktionen sowie Festschreibung der abweichenden Verteilung der Redezeiten auf die Fraktionen; Anhebung des Oppositionszuschlags von 10 v. H. auf 15 v. H. in der 18. Wahlperiode erstmalig im Bundeshaushaltsgesetz 2014 Einfügung § 126a GO-BT	a) Bekanntmachung vom 23.4.2014 b) BGBl. I S. 534
a) 18/12376 b) 1.6.2017 c) 237. Sitzung	Wahrnehmung der Aufgabe des Alterspräsidenten durch das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied Änderung § 1 sowie redaktionelle Änderungen in den §§ 93, 93a und 93b GO-BT	a) Bekanntmachung vom 12.6.2017 b) BGBl. I S. 1877

19. Wahlperiode (2017–2021)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
–[2]	Übernahme des Beschlusses des Deutschen Bundestages betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und Grundsätze der Immunitätsangelegenheiten Änderung Anlage 6 GO BT	a) Bekanntmachung vom 19.3.2018 b) BGBl. I S. 409
a) 19/7859 b) 21.2.2019 c) 83. Sitzung	Neuausrichtung von Befragung der Bundesregierung und Fragestunde zur Stärkung eines lebendigeren Austauschs: Halbierung der Fragestunde auf 90 Minuten bei Verdoppelung der Regierungsbefragung auf 60 Minuten; Wegfall der dringlichen Fragen; Regierungsbefragung: Wegfall der Beschränkung auf die vorangegangene Kabinettssitzung bei Übermittlungspflicht der Kabinetts-Tagesordnung, Anwesenheitspflicht für mindestens ein Regierungsmitglied, drei Befragungen der Bundeskanzlerin pro Jahr Änderung § 106 sowie Anlage 4 und 7 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 1.3.2019 b) BGBl. I S. 197

[2] Bekanntmachung durch den Direktor beim Bundestag.

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 19/18126 b) 25.3.2020 c) 154. Sitzung	Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages zur Wahrnehmung seiner verfassungsrechtlichen Aufgaben und der Wahrnehmung des Abgeordnetenmandats auch unter Infektionsschutzmaßnahmen wegen COVID-19: Absenkung der Quoren für die Beschlussfähigkeit auf ein Viertel (Anwesende im Plenum bzw. Anwesende oder durch elektronische Kommunikationsmittel Beteiligte im Ausschuss), Zulässigkeit schriftlicher Abstimmungen im Ausschuss auch in Sitzungswochen auch unter Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel, Sicherstellung Zugangs zu öffentlichen Ausschussberatungen und Anhörungen ausschließlich über elektronische Kommunikationsmittel; immunitätsrechtliche Regelungen zu infektionsschutzgesetzlichen Maßnahmen gegen Abgeordnete (insbesondere Beschränkung der Bewegungsfreiheit); Befristung bis zum 30.9.2020 unter Vorbehalt des vorzeitigen Widerrufs durch Bundestagsbeschluss Einfügung § 126a sowie Änderung Anlage 6 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 25.3.2020 b) BGBl. I S. 764
a) 19/22397 b) 17.9.2020 c) 176. Sitzung	Verlängerung der der Geltungsdauer der Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 vom 30.9.2020 auf den 31.12.2020 Änderung § 126a Abs. 5 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 17.9.2020 b) BGBl. I S. 2067
a) 19/23037 b) 7.10.2020 c) 182. Sitzung	Umsetzung des 31. Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes: Beschränkung des Verbotes eines Hinweises auf Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag in geschäftlichen und beruflichen Angelegenheiten auf missbräuchliche Verwendung, Vereinheitlichung und Zusammenführung der Sanktionsverfahren mit Verhängung eines Ordnungsgeldes bei Verstoß gegen die Verhaltensregeln sowie bei unzulässiger Mitarbeiterbeschäftigung („Pflichtverstoß“); Klarstellung zu Einkommensstufen und Veröffentlichungspflicht sowie zur Reisekostenerstattung, Vereinfachung von Formvorschriften und Zuständigkeiten; redaktionelle Anpassungen der Veröffentlichungspflichten im Internetangebot (wegen Einstellung des Erscheinens des Amtlichen Handbuches) Änderung §§ 1, 2, 3, 4 und 8 sowie Neufassung § 5 Anlage 1 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 7.10.2020 b) BGBl. I S. 2563
	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderungen der GO-BT in der Bekanntmachung vom 7.10.2020 zum 19.11.2020	a) Bekanntmachung vom 1.12.2020 b) BGBl. I S. 2988
a) 19/25177 b) 17.12.2020 c) 202. Sitzung	Verlängerung der Geltungsdauer der Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 vom 31.12.2020 auf den 31.3.2021 Änderung § 126a Abs. 5 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 17.12.2020 b) BGBl. I (2021) S. 97

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 19/27529 b) 25.3.2021 c) 218. Sitzung	Verlängerung der Geltungsdauer der Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 vom 31.3.2021 auf den 30.6.2021 Änderung § 126a Abs. 5 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 25.3.2021 b) BGBl. I S. 734
a) 19/30885 b) 24.6.2021 c) 236. Sitzung	Einführung eines Verhaltenskodex für Interessenvertreter im Rahmen des Lobbyregistergesetzes Änderung §§ 122a, Abs. 1 und Abs. 5 GO-BT; Einfügung Anlage 2 a GO-BT	a) Bekanntmachung vom 24.6.2021 b) BGBl. I S. 2868

20. Wahlperiode (2021–2025)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 20/1 b) 26.10.2021 c) 1. Sitzung	Besondere Anwendung der Geschäftsordnung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigung durch COVID-19; Parlamentarische Anhörung; Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel; Abstimmungen; Parlamentsausschuss; Quorum; Verlängerung der Geltungsdauer der Regelung zur besonderen Anwendung der Geschäftsordnung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigungen durch COVID-19 vom 30.6.2021 auf den 31.12.2021 Aufhebung § 18 und Anlage 1 GO-BT Neufassung § 126a GO-BT	a) Bekanntmachung vom 26.10.2021 b) BGBl. I S. 4830
a) 20/202 b) 10.12.2021 c) 7. Sitzung	Besondere Anwendung der Geschäftsordnung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigung durch COVID-19; Parlamentarische Anhörung und Abstimmungen; Parlamentsabstimmung; Parlamentsausschuss; Quorum; Verlängerung der Geltungsdauer der Regelung zur besonderen Anwendung der Geschäftsordnung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigungen durch COVID-19 vom 31.12.2021 auf den 18.3.2022 Neufassung § 126a GO-BT	a) Bekanntmachung vom 10.12.2021 b) BGBl. I S. 5203
–[3]	Wegfall der Schutzmaßnahmen gemäß Infektionsschutzgesetz Wegfall Anlage 6 Abs. 15 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 17.2.2022 b) BGBl. I S. 307
a) 20/1050 b) 18.3.2022 c) 22. Sitzung	Verlängerung der Geltungsdauer der Regelung zur besonderen Anwendung der Geschäftsordnung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigungen durch COVID-19 vom 18.3.2022 auf den 15.7.2022 Aufhebung § 126a Abs. 1 GO-BT Änderung § 126a Abs. 5 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 18.3.2022 b) BGBl. I S. 562

[3] Beschluss des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 13. Januar 2022.

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 20/2480 b) 7.7.2022 c) 47. Sitzung	Weitergeltung der zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Bundestages unter Infektionsschutzmaßnahmen in der Corona-Pandemie beschlossenen abweichenden Anwesenheits- und Verfahrensvorschriften: Verlängerung um fünf Monate, vom 15.7.2022 bis 31.12.2022; Änderung § 126a und Neufassung seiner Überschrift („Digitale Ausschusssitzungen und Umlaufverfahren“) Bezug: Regelung zur besonderen Anwendung der Geschäftsordnung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigung durch COVID-19 sowie Änderung der Anlage 6 GO-BT, BT-Drs. 20/202 und 20/1050 Änderung § 126a Abs. 5 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 8.7.2022 b) BGBl. I S. 1383
a) 20/4331 b) 8.11.2022 c) 66. Sitzung	Reform der Geschäftsordnung in den Bereichen Ausschussberatungen, Fragestunde und Regierungsbefragung: grundsätzlich öffentliche Beratung und Veröffentlichung von Beratungsunterlagen, Klarstellungen für öffentliche Anhörungen (Übertragung im Internet, persönliche Voraussetzungen der Sachverständigen, Offenlegungspflicht von Interessenverknüpfungen), Entfristung der für die Dauer der Corona-Pandemie vorübergehend eingeführten Regelungen zu hybriden bzw. virtuellen Ausschusssitzungen, Zusammenfassung der Beteiligungsrechte der kommunalen Spitzenverbände und teilweise Erstreckung auf den Bundesdatenschutzbeauftragen, weitere Einzelanpassungen und systematische Bereinigungen; verpflichtende Lesefassung (Synopse) für Gesetzentwürfe aus der Mitte des Hauses; Verkürzung der Fragestunde bei Verlängerung der Regierungsbefragung, Anwesenheitspflicht für zwei Regierungsmitglieder, weitere Einzelregelungen; Änderung §§ 60, 63, 66, 72, 72 und 76 sowie Anlagen 4 und 7, Neufassung §§ 67, 69, 69a und 73 sowie Aufhebung § 126a und Folgeänderungen in weiteren 3 §§ und Anlage 3 GO-BT Bezug: Auslegungsentscheidung 15/4 des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 11. Dezember 2003 zur Einladung von Bundesbediensteten als Sachverständige bei Anhörungen	a) Bekanntmachung vom 15.12.2022 b) BGBl. I S. 2598

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 20/10290 b) 8.2.2024 c) 154. Sitzung	Anpassung der Regelungen in Anlage 2a GO-BT aufgrund der Änderungen der in § 5 Absatz 2 LobbyRG zum Verhaltenskodexes für Interessen-vertreterinnen und Interessenvertreter im Rahmen des Lobbyregister-gesetzes Änderung Anlage 2 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 22.2.2024 b) BGBl. I Nr. 64
–[4]	Übernahme des Beschlusses des Deutschen Bundestages betr. Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und Grundsätze der Immuni-tätsangelegenheiten Änderung Anlage 6 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 25.9.2024 b) BGBl. I Nr. 234

21. Wahlperiode (2025–)

Beratung im BT a) BT-Drs. b) am c) PlPr.	Änderungen	Veröffentlichung a) Bekanntmachung b) Fundstelle
a) 21/2196 b) 16.10.2025 c) 34. Sitzung	Neufassung der GO-BT Änderung Eingangsformel, §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 56a, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 69a, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 80a, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 93a, 93b, 93c, 93d, 94, 95, 96, 96a, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 122a, 123, 124, 125, 126, 127, 128 GO-BT sowie Anlagen 2a, 3, 4, 5, 6, 8 GO-BT und Umnummerierung Einfügung §§ 2a, 10a, 27a, 58a, Anlagen 4 (neu) und 6 (neu) Aufhebung §§ 14, 30, Anlage 1 und 2 GO-BT	a) Bekanntmachung vom 17.10.2025 b) BGBl. I Nr. 250

Quelle: Deutscher Bundestag, DIP – Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge sowie Rechtsportal juris

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999,** Kapitel 16.1.

[4] Bekanntmachung durch den Direktor beim Bundestag.